



Antrag 1 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Ausdehnung des Kündigungs- und Entlassungsschutzes für Mitglieder eines Betriebsrates nach Beendigung ihrer Funktion

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer setzt sich für eine Verlängerung des Kündigungs- und Entlassungsschutzes für Mitglieder eines Betriebsrates nach Beendigung ihrer Funktion (§ 120) von 3 auf 12 Monate ein.

Begründung:

Bereits 2015 kritisierte der europäische Ausschuss für soziale Rechte des Europarates, dass der Schutz österreichischer Betriebsräte nach Ablauf ihres Mandates nicht ausreichend ist und nicht der europäischen Sozialcharta entspricht.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 2 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Armutsbekämpfung durch Ausbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Bundesregierung auf, die Arbeitslosenversicherung dahingehend zu verbessern, dass diese ein Abrutschen in Armut erschwert. Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, die Nettoersatzrate auf 80 % zu erhöhen und die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für alle Anspruchsberechtigten auf mindestens 52 Wochen auszuweiten.

Begründung:

Die Arbeitslosigkeit erreicht auch in Österreich immer neue Rekordwerte. Allein in Wien waren im September 2016 insgesamt 122.510 Menschen als arbeitslos gemeldet (+ 2,6 % gegenüber dem Vorjahr). In Verbindung mit dieser Entwicklung geraten die Reallöhne weiter unter Druck und stagnieren bzw. sinken in Teilbereichen. Teilzeitarbeit hat massiv zugenommen – insbesondere bei Frauen, hier arbeiten bereits österreichweit 47,4 % in Teilzeit. In manchen Branchen (z.B. in der mobilen Pflege, Handel,...) ist Teilzeit bereits zur üblichen Form der Arbeitszeit geworden. Frauen sind daher von dieser Entwicklung besonders stark betroffen. Immer häufiger droht bei Arbeitslosigkeit aufgrund niedriger Berechnungsgrundlagen, einer niedrigen Nettoersatzrate und einer zu kurzen Auszahlungsdauer des Arbeitslosengeldes ein Abrutschen in Armut bzw. in Notstandshilfe und Mindestsicherung.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 3 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

6. Urlaubswoche für alle

**Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Einführung einer 6. Urlaubswoche für alle und daher folgende Änderung des Urlaubsgesetzes § 2 (1):
„Dem Arbeitnehmer gebührt für jedes Arbeitsjahr ein ununterbrochener bezahlter Urlaub. Das Urlaubsausmaß beträgt 36 Werktage“.**

Begründung:

Nur mehr wenige Kolleginnen und Kollegen erreichen in einem Betrieb eine Dienstzeit von 25 Jahren. Der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Alleine im Sozial- und Pflegebereich gelten ca 40 % der Beschäftigten als Burnout gefährdet. Neben der notwendigen Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist dies zudem eine weitere sinnvolle Verkürzung der Arbeitszeit.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 4 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer setzt sich für eine Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 34 % sowie eine Abschaffung der Gruppenbesteuerung ein und fordert die Regierung auf, in diesem Sinn tätig zu werden.

Begründung:

Im Finanzministerium wird überlegt, den Körperschaftssteuersatz von derzeit 25 auf 20 Prozent zu senken. Das würde das Volumen der Steuereinnahmen von derzeit 7,5 Milliarden Euro auf 6 Milliarden Euro senken, also in der Praxis zu einem Einnahmenentfall von 20 % führen.

Dabei wurde der Steuersatz erst vor rund 10 Jahren von 34 % auf 25 % gesenkt. Zudem wurde es Unternehmen durch die Einführung der Gruppenbesteuerung ermöglicht, Verluste ausländischer Tochterunternehmen anzurechnen und so die Steuerbelastung zu senken.

De facto liegt die Steuerbelastung der 570 wichtigsten Kapitalgesellschaften laut einer Analyse der Arbeiterkammer derzeit ohnehin nur bei 17,4 %. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer liegt hingegen bei 55 %. Selbst kleine Einkommen zwischen 11000 und 18000 Euro jährlich unterliegen einem Steuersatz von 25 % und würden damit einem höheren Steuersatz unterliegen als Millionengewinne von Konzernen.

Die Forderung nach einer weiteren Steuersenkung für ohnehin schon äußerst niedrig besteuerte Konzerne ist auch noch aus einem weiteren Grund abzulehnen.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 5 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer spricht sich nach wie vor gegen CETA und TTIP aus und fordert die Bundesregierung auf, entsprechend zu handeln.

Begründung:

Aus gutem Grund haben Arbeiterkammer und Gewerkschaften die Freihandels- und Wirtschaftsabkommen CETA und TTIP abgelehnt, die Gründe dafür sind nach wie vor ausreichend, dazu zählen unter anderem:

- weiterhin bestehende Sonderklagsrechte ausländischer Investoren im Rahmen der Investor-Staat-Streitbeilegung
- fehlende Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen u.a. zu Arbeits- und Sozialstandards (im Nachhaltigkeitskapitel)
- Prüfvorbehalt zur Verankerung des Vorsorgeprinzips (als hinreichende Begründung für neue Gesetzgebung bei Arbeit, Soziales, Verbraucher etc)
- bestehende Risiken zu weiterer Liberalisierung im Dienstleistungsbereich und bei der Daseinsvorsorge

Die mit CETA vereinbarten Standards würden bei allen künftigen Handelsabkommen, so auch bei TTIP, gelten.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 6 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer unterstützt auch weiterhin alle Bemühungen nach einem einheitlichen Branchenkollektivvertrag für Postdienstleistungen – sowohl für alle Betriebe, die zur österreichischen Post AG gehören – z.B. auch der Feibra – und darüber hinaus.

Weiters spricht sich die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer gegen alle weiteren Privatisierungsschritte aus und setzt sich im Gegenteil dafür ein, die Post wieder zur Gänze in öffentliches Eigentum zu bringen und – wie andere wichtige öffentliche Dienstleistungen – verfassungsrechtlich zu schützen.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



Antrag 7 an die 167. Vollversammlung der AK Wien

Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Bundesregierung auf, die Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an jenes der Männer so lange auszusetzen, bis diese tatsächlich den Männern – auch bei den Einkommen – gleichgestellt sind.

Begründung:

Der jüngst veröffentlichte Gleichstellungsreport des Weltwirtschaftsforums zeigt, wie schlecht es um die Gleichstellung von Frauen und Männern bestellt ist. Dieser Report bewertet jedes Jahr den weltweiten Stand der Gleichstellung zwischen Mann und Frau in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebenserwartung, wirtschaftliche Chancen und politische Beteiligung. Besonders negativ in Österreich sind die großen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Beim Kriterium der Lohngerechtigkeit rangiert Österreich im internationalen Vergleich nur auf dem 100. Rang.

Unter diesen Voraussetzungen, die dringend zu verbessern sind, ist es notwendig, die Angleichung des gesetzlichen Pensionsalters von Frauen an jenes der Männer auszusetzen.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐